

schen Hierarchie Einfluß auf die Schaffung neuer Ämter. Ein ganz entscheidendes Moment für die ständige Vermehrung der Ämter war das Streben des Adels nach der Erlangung neuer einflußreicher Positionen. Dieses Bedürfnis deckte sich mit den Interessen des Königs, der durch die Vergabe von Ämtern eine Gefolgschaft und Einnahmen gewinnen wollte. Viele Zentralämter entstanden nicht auf dem Wege monarchischer Entscheidung oder nach dem Willen des Reichstages, sondern durch schrittweise Institutionalisierung von Funktionen am Hof. Viele auf begrenzte Zeit ausgeübte Tätigkeiten wurden später in feste Ämter umgewandelt. Alle in der vorliegenden Veröffentlichung erfaßten Ämter wurden vom König verliehen. Erst die Konstitution von 1775 schränkte dieses Prinzip insofern ein, als nun dem Monarchen lediglich das Recht zustand, aus den drei vom Immerwährenden Rat nominierten Kandidaten einen auszuwählen. Die Hierarchisierung der Zentralämter lief mit der des Adelsstandes parallel. Verbindlich wurde die Rangordnung, die der vereinigte Sejm von 1569 erlassen hatte. Geistliche übten in der zentralen Hierarchie häufig die Funktion des Kanzlers und des Referendars aus und beschlossen ihre Karriere in Bistümern oder Abteien. Weltliche Beamte gelangten oft von Hofämtern in den Senat der Landtage, erlangten dann Stellungen als Kastellane oder Wojewoden und stiegen schließlich in hohe Zentralämter auf.

Die einzelnen Hof- und Zentralämter sind in alphabetischer Reihenfolge angeordnet. Für die Nennung der Amtsträger gilt das chronologische Prinzip. Zu Beginn wird jedes Amt – vor allem hinsichtlich seiner historischen Entwicklung – kurz skizziert. Weil in dem hier betrachteten langen Zeitraum die Titulaturen häufig uneinheitlich waren, wurde die am längsten gültige oder am besten verständliche Variante ausgewählt. Die biographischen Angaben zu den einzelnen Beamten enthalten den Vor- und Zunamen, den Geburtsort, alle bekleideten Ämter, die Daten der Nominierung, weiterer Ernennungen, des Rücktritts oder Todes sowie Quellenhinweise. Am wichtigsten sind hier Memoiren, Tagebücher, Reichstagsberichte und seit dem 18. Jh. auch Zeitungen. Für das späte Mittelalter wurden die Kronmetrik und königliche Rechnungen herangezogen. Als wichtige Hilfe erwies sich die beim Institut für polnische Geschichte der Akademie der Wissenschaften geführte Kartothek. Eine Fundgrube waren auch die Enzyklopädien und biographischen Wörterbücher, weil viele weltliche und geistliche Amtsträger mit vielen Familien verschwägert waren, die im damaligen Polen eine führende Rolle spielten.

Eine Betrachtung der hier erfaßten Namen ergibt, daß viele Zentral- und Hofbeamte der Magnatenschaft oder der mittleren Szlachta angehörten. Aufsteiger aus unteren Schichten gab es nur in den Reihen des Klerus. Der Leser sieht sich mit einer verwirrenden Vielfalt von Ämtern und Rängen konfrontiert, deren Funktionen sich häufig überschneiden. Neben Kanzlern und Marschällen finden sich Truchsesse, Fahnen- und Schwerträger, Groß- und Feldhetmane, Instigatoren, Küchen- und Jagdmeister, Kämmerer, Sekretäre und Referendare. Der vorliegende Band, der durch ein Personenregister erschlossen ist, enthält wichtiges Material für Forschungen über die Verwaltung Polens und beleuchtet die soziale Gruppe, der die Beamten des königlichen Hofes angehörten.

Berlin

Stefan Hartmann

Leszek Jarminiński: Bez użycia siły. Działalność polityczna protestantów w Rzeczypospolitej u schyłku XVI wieku. [Ohne Anwendung von Kraft. Die politische Tätigkeit der Protestanten in der Adelsrepublik am Ende des 16. Jahrhunderts.] Wydawnictwo Naukowe Semper. Warszawa 1992. 270 S.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht der Anteil des protestantischen Adels am politischen Leben der Adelsrepublik in der ersten Dekade der Regierung Sigismunds III.

Wasa, der bisher kaum das Interesse der Historiker gefunden hat. Das Ziel der Arbeit ist die Beleuchtung des Standpunkts der protestantischen Szlachta, die bei der Verteidigung ihrer Glaubensfreiheit mit den lutherischen Städten des Königlichen Preußen und den Russisch-Orthodoxen kooperierte, zu Fragen der inneren und äußeren Politik Polen-Litauens. Der chronologische Rahmen der Betrachtung erstreckt sich auf die Jahre 1593 bis 1599. In diesem Zeitraum stabilisierten sich die im Inquisitionsreichstag von 1592 in Unruhe geratenen politischen Kräfte der Adelsrepublik. Zu den zentralen Fragen der polnischen Außenpolitik jener Jahre gehörte die Erlangung und Sicherung des schwedischen Throns durch Sigismund III. Wasa, womit dessen zweimaliger Aufenthalt in Schweden 1593/94 und 1598 verbunden war. Außerdem erweckten die gegen die Türken gerichtete Liga und die Beziehungen der Adelsrepublik zum Römischen Kaiser und zum Zartum Moskau das Interesse der Szlachta. In der Innenpolitik standen der langjährige Streit zwischen der Krone und Litauen um die Besetzung des Wilnaer Bischofstuhls, Kontroversen wegen der Verteidigung der Grenzen der Adelsrepublik und die Realisierung der *Pacta conventa* im Vordergrund. Diese Zeit war eine wichtige Etappe im Kampf der Protestanten um die Erlangung einer rechtlichen Garantie ihrer Glaubensfreiheit. Zentrale Ereignisse waren die Thorner Generalsynode der Lutheraner, Kalviner und Böhmisches Brüder, die Union von Brest (1596) und die Konföderation von Wilna (1599).

Wichtige Quellen für die behandelte Fragestellung enthalten das Radziwiłłsche Archiv und die Kronmetrik im Hauptarchiv Alter Akten in Warschau, der Fondo Borgheese und die Nunziatura di Polonia im Vatikanischen Archiv, die Ständerezeesse des Königlichen Preußen im Staatsarchiv Danzig und die Akten der Böhmisches Brüder im Staatsarchiv Posen. Ausgeschöpft wurde auch die reiche Literatur, die vor allem in polnischer Sprache vorliegt.

Zuerst wird die Situation der protestantischen Szlachta in der Adelsrepublik skizziert, die von der Auseinandersetzung Sigismunds III. und des katholischen Klerus mit der Reformation bestimmt war. Am Ende des 16. Jhs. gab es in Kleinpolen 260 reformierte und 52 arianische Gemeinden. Die Provinz Großpolen war dagegen eine Bastion des Luthertums, was 37 polnische und 120–140 deutsche Gemeinden dieses Bekenntnisses verdeutlichen. Besonders ausgeprägt war der Einfluß des Luthertums im Königlichen Preußen, vor allem in den großen Städten Danzig, Elbing und Thorn. Einen Einbruch bedeutete allerdings die unter der Regierung Sigismunds III. erfolgte Rekatholisierung des größten Teils des preußischen Adels. Im Senat verringerte sich die Zahl der Protestanten von 29 (1593) auf 24 (1599) bei insgesamt 115 weltlichen Mitgliedern. Auch in den einzelnen Wojewodschaften ging die Zahl der protestantischen Amtsträger zurück. Die Stärkung des Katholizismus beruhte vor allem auf dem Aussterben einflußreicher evangelischer Familien, deren Besitzungen an Katholiken vergeben wurden. Dieser Prozeß vollzog sich langsamer in Litauen, wo die Protestanten von mächtigen Magnatengeschlechtern wie den Radziwiłł unterstützt wurden. Ein weiteres für die Protestanten nachteiliges Element waren die massenweisen Konversionen zum Katholizismus, woran besonders die Jesuiten beteiligt waren. Bereits kurz nach seinem Regierungsantritt ernannte Sigismund III. mehr katholische als protestantische Senatoren.

Im folgenden wird der Anteil der Protestanten am Kampf der politischen Gruppierungen betrachtet. Schon zur Zeit Stefan Bathorys hatte der protestantische Adel kein einheitliches politisches Lager gebildet, und bei der Doppelwahl Sigismunds und des habsburgischen Erzherzogs Maximilian 1587 waren Evangelische auf beiden Seiten zu finden. Diese Zersplitterung nutzte der vom Primas Karnkowski beratene König zur Festigung seiner Position aus. Er zeigte allerdings eine gewisse Mäßigung, weil sein Thron in Schweden noch nicht gesichert und die von ihm versprochene Abtretung Estlands an die Adelsrepublik nicht eingelöst war. Eingehend befaßt sich Leszek Jar-

miński mit der nicht zustandegekommenen Generalsynode der Evangelischen in Radom im Jahre 1594. Ursache ihres Scheiterns waren die Vorbehalte der Lutheraner und der Reformierten gegenüber den das Arianertum verkörpernden Böhmisches Brüdern und die ablehnende Haltung des Kanzlers Jan Zamoyski, der in einer solchen Synode den Keim andauernder konfessioneller Streitigkeiten in der Adelsrepublik sah. Die katholische Seite berief sich auf den Reichstagsbeschuß von 1593, der während der Abwesenheit des Königs alle politischen Versammlungen verboten hatte. Lediglich im Falle einer auswärtigen Bedrohung des Staates durfte der Primas im Einvernehmen mit anderen Senatoren einen außerordentlichen Sejm in Warschau einberufen. Eine Synode der Protestanten rufe nur Unruhe und Intrigen hervor und führe zur Zerrüttung der inneren Ordnung. Lediglich die katholische Kirche habe das Recht, mit Billigung des Papstes Synoden einzuberufen. Auch nach der Rückkehr des Königs aus Schweden konnten die Protestanten ihren Synodalplan zunächst nicht verwirklichen. 1595 befaßte sich der Sejm mit der Vorbereitung eines Vergeltungsfeldzugs gegen die Tataren, der aber nicht zur Ausführung kam. Im selben Jahr eröffnete der einflußreiche Jesuit Piotr Skarga eine Kampagne gegen die Protestanten, deren Ziel die Beseitigung der von der Warschauer Generalkonföderation 1573 verkündeten Religionsfreiheit des Adels war. Besonders kompliziert war die Lage in Litauen, wo die Absicht des Königs, den Kulmer Bischof Stanisław Gomoliński zum Bischof von Wilna zu ernennen, auf großen Widerstand des litauischen Adels stieß.

Das folgende Kapitel behandelt die protestantische Generalsynode in Thorn im Herbst 1595, die infolge des Fernbleibens des Königs und der Ablehnung seitens des katholischen Adels und Klerus nur begrenzte Wirksamkeit entfalten konnte. Die Hoffnung der Evangelischen, den katholischen Einfluß im Sejm zu verringern, erfüllte sich nicht. Eher war das Gegenteil der Fall. Nicht nur der Streit um die Besetzung des Wilnaer Bischofstuhls verschärfte sich, überhaupt versagte der von dem Wilnaer Wojewoden Krzysztof Radziwiłł geführte reformierte litauische Adel Sigismund III. die Zustimmung zu dessen Rüstungs- und Steuerplänen. Das energische Auftreten Radziwiłłs konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß inzwischen in nahezu allen Wojewodschaften die Katholiken das Übergewicht über die Protestanten erlangt hatten. Als günstig für die Evangelischen erwies sich lediglich die bedrängte Lage des Königs, in die er wegen der Forderung nach einer Inkorporation Estlands und der Erfüllung der *acta conventa* geraten war.

Abschließend werden die Wilnaer Konföderation von Protestanten und Russisch-Orthodoxen (1599) und die Gründe ihres Scheiterns analysiert. Sie zerbrach vor allem wegen der unterschiedlichen Glaubensrichtung und politischen Zielsetzung beider Parteien. Nachteilig war auch, daß Krzysztof Radziwiłł und die Disuniten [Orthodoxe, die sich der Brester Union von 1596 nicht angeschlossen hatten] das Konföderationsdokument nicht unterschrieben. Fazit der vorliegenden Studie ist die Feststellung, daß sich trotz aller Aktionen die Lage des protestantischen Adels am Ende des 16. Jhs. zunehmend verschlechtert hatte. Damit war das Feld für die absolute Dominanz des Katholizismus in der Adelsrepublik geschaffen, die im Laufe des 17. Jhs. dank ihres festen Bündnisses mit dem Adel zustandekam.

Berlin

Stefan Hartmann

Jerzy Lukowski: Liberty's folly. The Polish-Lithuanian commonwealth in the eighteenth century, 1697–1795. Verlag Routledge. London, New York 1991. XV, 316 S., 2 Ktn., Abb. £ 40.00.

Zu Recht konstatiert Jerzy Lukowski in seinem Vorwort (S. XIII), daß es für den englischsprachigen Raum bislang keine zufriedenstellende Gesamtdarstellung zur pol-